



*Putzschaden in der Wohnung eines Berliner Miethauses.
 Jeder kennt die Regel: Was lose ist, muß ab! Und so wurden aus dieser
 kleinen Stelle immerhin 2 m².
 „Besorgen Sie sich Mörtel, und ich werde Ihnen das Loch gelegentlich neu
 verputzen“, sagte Nachbar P. zu Frau K.*

ell und unbürokratisch!

*„Materialbeschaffung – kein Problem!“ sagt die Hausvertrauensfrau zu
 Frau K. „Auf diesen Schein können Sie sich auf der nächsten Baustelle drei
 Eimer Mörtel aushändigen lassen.“*



„Drei Eimer Mörtel? Das werden wir gleich erledigen. Haben Sie was mit?“ ▶

Hilfsbereit lädt der Kollege der Fa. Splinter Frau K. die Eimer in den Kofferraum des „Trabant“ und wünscht noch viel Spaß bei der Arbeit.



**3 Eimer Mörtel -
schnell
und unbürokratisch**

▲
Nächste Station ist der nahe gelegene Reparaturstützpunkt der KWV.

„Mit Kardätsche, Reibebrett, Kelle und Stecher kann ich Ihnen helfen, nur Bürsten sind nicht da. Aber die haben Sie ja sicher selbst im Haushalt.“

Gelernt ist gelernt. Für den Fachmann ist so ein Fall kein Problem. Die KWV ist froh, daß wieder einem Mieter geholfen wurde und händigt dafür die entsprechenden NAW-Marken aus.

Auf welcher Berechnungsgrundlage das geschieht, erfahren Sie in nebenstehendem Artikel. ▶



»Die DDR ist unser Haus«

Reparieren und Instandsetzen als sozialistische Gemeinschaftsaufgabe

Gemeinschaft
Pflicht
Nutzung

Reparaturstützpunkte als Hilfe zur Selbsthilfe

Was tun, wenn der Putz bröckelt, das Geländer im Treppenhaus wackelt oder der Garten verwildert? Wer zur Miete wohnt, meldet den Schaden üblicherweise bei den Vermieter:innen, und wer Eigentümer:in ist, beauftragt entweder einen Handwerksbetrieb oder behebt, getreu dem Motto »Do it yourself!«, den Schaden selbst. In der DDR lagen die Dinge etwas anders. Wohn**eigentum** gab es kaum, und insbesondere Einfamilienhäuser – die klassische Domäne des Heimwerkens – galten bis in die 1970er Jahre als kleinbürgerliche und unsozialistische Wohnform, die meisten Menschen lebten zur Miete. Ein Großteil des Wohnraums wurde durch die Kommunalen Wohnungsverwaltungen (KWV) verwaltet. Sie waren als Volkseigene Betriebe (VEB) organisiert und für den ständig wachsenden kommunalen Wohnungsbestand sowie den »volkseigenen Wohnungsbau« zuständig. Weil der Bau-, Reparatur- und Instandsetzungsbedarf dauerhaft hoch, Handwerkskapazitäten aber ebenso dauerhaft knapp waren, waren die Mieter:innen aufgerufen, kleinere Aufgaben selbst zu übernehmen. Da auch Werkzeuge und Materialien nicht immer in ausreichenden Mengen zu kaufen waren, richteten die KWV Reparaturstützpunkte ein. Sie sollten Material ausgeben, Werkzeug verleihen und Ratsuchenden mit Tipps und Tricks zur Seite stehen.

Die Zeitschrift »Magazin für Haus und Wohnung. Bautechnischer Ratgeber für Hausgemeinschaften und Kommunale Wohnungsverwaltungen« und ihre Vorgängerin »das

bauwerk« stellten die neuen Reparaturstützpunkte zu Beginn der 1960er Jahre immer wieder vor und ermunterten ihre Leser:innen, diese Einrichtungen zu nutzen. Dazu diente auch die hier vorgestellte Bildergeschichte, die den Reparaturstützpunkt als selbstverständlichen und nützlichen Anlaufpunkt zeigte, der Unterstützung bei der handwerklichen Selbsthilfe bot. Das Ideal war die sich selbst helfende Hausgemeinschaft, im obigen Beispiel verkörpert durch den Nachbarn und die Hausvertrauensfrau. Die Hausgemeinschaft lebte den sozialistischen Geist, indem sie selbst anpackte, statt auf andere zu warten, indem sie Gestaltungswillen zeigte und so die Lebensbedingungen für sich selbst und für die größere Gemeinschaft der Hausbewohner:innen, der Kommune und letztlich des ganzen Staates verbesserte.

Die »Hausgemeinschaft« waren in der DDR nicht einfach alle Bewohner:innen eines Hauses, sondern es handelte sich auch um eine juristische Kategorie und ein Instrument der Sozial**disziplinierung**. Hausgemeinschaften zählten zu den Kollektiven, über die in der DDR die Interessen der Bevölkerung gebündelt, auf die gemeinschaftlichen Ziele des Sozialismus ausgerichtet und auch kontrolliert werden sollten. Waren die Bewohner:innen eines Hauses auf diese Weise organisiert, fungierten die Hausgemeinschaftsleitung sowie die Hausvertrauensmänner und -frauen als Ansprechpartner:innen für Behörden, Parteiorgane und die KWV. Während »Nachbar P.« als hilfsbereiter Mensch präsentiert wird, erscheinen die Hausvertrauensfrau und der Mitarbeiter des Reparaturstützpunktes als vorbildliche Verkörperungen einer auch offiziellen Funktion.

Alle Figuren, denen Frau K. auf ihrem Weg zur erfolgreichen Reparatur begegnet, stehen für die idealtypischen Menschen der DDR, die intrinsisch hilfsbereit und pflichtbewusst sein sollten. Und auch Frau K. verkörpert in gewisser Weise das Ideal des Lebens in Ostdeutschland. Sie ist im Besitz eines Trabis, was sie zu einer der wenigen Autobesitzerinnen in der DDR Anfang der 1960er Jahre machte, im Artikel aber als normal dargestellt wird. Gleichzeitig erscheint ihre Figur als ambivalent, denn bei aller Betonung der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern in der DDR ist es doch auffällig, dass alle handwerklichen Arbeiten von Männern verrichtet werden und Frau K. nicht selbst zur Tat schreiten kann oder will.

Das »Magazin für Haus und Wohnung« legte großen Wert darauf, den Weg von Frau K. zu drei Eimern Mörtel und damit zur verputzten Wand als »schnell und unbürokratisch« erscheinen zu lassen. Das erstaunt zunächst, muss Frau K. doch viele Stationen durchlaufen. Formulare, Ausleihbelege und Abrechnungen der geleisteten Arbeit waren nötig, wobei Arbeitsschritte wie das Zurückbringen der geliehenen Werkzeuge zum Reparaturstützpunkt oder die Abrechnung nicht einmal gezeigt werden. Beschreibungen wie »schnell und unbürokratisch« müssen jedoch als relative Begriffe gelesen werden. Der Titel legt nahe, dass es normalerweise deutlich umständlicher war, an Materialien wie Mörtel zu kommen, und der Weg über die Hausvertrauensfrau daher zu empfehlen sei.

Während der hier gezeigte Artikel das spontane Engagement hervorhebt, wollten sich die Verwaltungs- und Regierungsorgane der DDR nicht allein darauf verlassen. Vielfach verpflichteten sich die Hausgemeinschaften in Mietermitwirkungs- und Pflegeverträgen mit der lokalen KVV, umfangreiche Aufgaben von der Abrechnung der Miete über die Pflege von Spielplätzen und Grünanlagen bis zur baulichen Selbsthilfe selbst zu übernehmen. Neben diese Selbstverpflichtung traten weitere Formen der Aktivierung: Im Laufe der Jahre entstanden etliche Wettbewerbe, die wie in vielen anderen Lebensbereichen der DDR als Ansporn für besondere Anstrengungen dienen sollten.

Hausgemeinschaften konnten als »vorbildliche Hausgemeinschaft« ausgezeichnet werden, die »Goldene Hausnummer« erringen oder individuelle Ehrungen für den geleisteten Einsatz entgegennehmen; später konnten sich ganze Wohnbezirke darum bewerben, als »Bereich der vorbildlichen Ordnung und Sauberkeit« anerkannt zu werden (Scholze und Blaske 1992: 186; Rowell 2006: 697; Palmowski 2016: 178). Der Artikel erwähnt solche Auszeichnungen nicht, doch die gezeigten Figuren zeigen ebenfalls das Ideal von Hilfsbereitschaft, Engagement und Ordnungssinn.

Das Netz der Reparaturstützpunkte und der damit verbundene Aufruf, diese auch zu nutzen, sind Teil einer langen Geschichte der Aufforderung zum kollektiven handwerklichen Arbeiten in der DDR. Bereits Anfang der 1950er Jahre sollten die Bürger:innen im Rahmen des Nationalen Aufbauwerks während ihrer Freizeit die Trümmerlandschaften des Zweiten Weltkrieges beseitigen, unter anderem als Vorbereitung für den Ausbau der Stalin-Allee in Ostberlin, und bei der Errichtung von Neubauten helfen. Berühmt-berüchtigt waren auch samstäbliche Subbotnik-Einsätze, bei denen die Bürger:innen unbezahlte Arbeit im öffentlichen oder betrieblichen Bereich leisteten.

Die ersten Reparaturstützpunkte entstanden zu Beginn der 1960er Jahre in Leipzig. Die dortige KVV suchte nach Möglichkeiten, notwendige Reparaturen und Instandsetzungsmaßnahmen trotz Handwerker-, Werkzeug- und Materialmangel zu bewältigen. In leerstehenden Ladengeschäften, Garagen und anderen Räumlichkeiten untergebracht, waren es Freiwillige, die während der Öffnungszeiten Farbe, Maurerkellen, Zement und Pinsel ausgaben, Buch über die Bestände führten und die Mieter:innen berieten. In den folgenden Jahren verbreitete sich das Modell schnell in der gesamten DDR. Während die Medien immer wieder hervorhoben, wie gut das Angebot in der Bevölkerung ankam, spottete das Satiremagazin »Eulenspiegel« 1985, das »Netz von Reparaturstützpunkten« habe »ebensoviele Schwachstellen wie das Rohrleitungssystem«.¹

¹ Mocker, Wolfgang, 1985. Wasserstandpunkte, in: Eulenspiegel. Wochenzeitung für Satire und Humor 32 (1985), Nr. 36, S. 12.

Ab 1967 fand der jährlich ausgerichtete Wettbewerb »Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!« statt. Er wurde auch in den Reparaturstützpunkten beworben. Bei diesem Wettbewerb, der als sogenannte Volkswirtschaftliche Masseninitiative organisiert war, ging es ebenfalls darum, gemeinsam und in der Freizeit das eigene Wohn- und Lebensumfeld instand zu halten, zu verschönern und zu verbessern. »Mach mit!« forderte die Bürger:innen auf, Wohnraum zu renovieren oder durch den Ausbau von Dachgeschossen zu schaffen, Klassenzimmer zu streichen, Kindergärten zu bauen sowie Grünanlagen, Spiel- und Sportplätze zu bauen oder zu pflegen. Auch für diese Aufgaben konnten sich die Teilnehmer:innen mit Werkzeug und Materialien in den Reparaturstützpunkten, in den neuen »Mach mit!«-Zentren und über Werkzeugausleihstationen versorgen.

So wie in Leipzig und Ostberlin waren es wiederum die Kommunalen Wohnungsverwaltungen, die diese Institutionen betrieben. Auch der Wohnungsbau war fest in staatlicher Hand, und Millionen von DDR-Bürger:innen lebten in volkseigenen Wohnungen – nicht zuletzt in den großen Plattenbausiedlungen – beim Staat zur Miete. Warum sollten also die Mieter:innen selbst Geländer und Fenster streichen, Gehwegplatten verlegen, Bäder einbauen und bröckelnden Putz ausbessern?

Heimwerken als Aufbau des Sozialismus

Was die Zeitschriftenartikel nicht erwähnten, waren die wirtschaftlichen und organisatorischen Probleme hinter diesen Initiativen. Den Behörden gelang es nicht, genügend Wohnraum in angemessener Qualität bereitzustellen. Laut Verfassung der DDR hatten alle Bürger:innen ein Recht auf guten Wohnraum, unabhängig von ihrem Einkommen oder Beruf. Anders als im Kapitalismus sollte Wohnen keine Ware sein, die über den Markt gehandelt wird. Staatlich subventionierte Mieten, weitreichende Mieter:innenschutzgesetze, vor allem aber eine staatlich gelenkte und zentralisierte Wohnraumvergabe sowie der staatliche Wohnungsbau sollten helfen, das sozialistische Wohnideal zu verwirklichen. Doch die DDR

konnte ihr Versprechen auf ein gutes Wohnumfeld für alle zu keinem Zeitpunkt erfüllen. Bis zu seinem Ende litt das Land unter einem ausgeprägten Wohnungsmangel und unter dem desolaten Zustand vieler Bestandswohnungen. Im Eingabewesen der DDR nahmen Wohnungsprobleme eine Spitzenposition ein (Kästner 2006; Rowell 2004; Rowell 2006; Hannemann 2000). Im direkten Vergleich mit der Bundesrepublik schnitt die DDR zusehends schlecht ab. Das Versprechen, im Sozialismus würden alle Bürger:innen ein gutes und sogar ein besseres Leben als im Westen führen können, kollidierte sichtbar mit der Realität. Auch vor diesem Hintergrund sind die Einrichtung der Reparaturstützpunkte und später des jährlich wiederkehrenden Wettbewerbs »Mach mit!« zu sehen.

Wenn die Bürger:innen Reparatur-, Verschönerungs- und Bautätigkeiten übernahmen, führten sie also Arbeiten aus, die eigentlich in den Zuständigkeitsbereich der KWW fielen. Im Idealfall halfen die Selbsthelfer:innen, die wirtschaftlichen Planziele zu erfüllen, indem sie Baubetriebe und KWW entlasteten. In der ostdeutschen Planwirtschaft waren Produktionszahlen und Baumaßnahmen langfristig festgelegt und damit auch die Kapazitäten an Personal und Material, die dafür zur Verfügung standen bzw. stehen sollten. Gerade im Bereich des Wohnungsbaus und der Wohnrauminstandsetzung reichten die geplanten Maßnahmen nicht aus, um den Wünschen und Erfordernissen der Bevölkerung gerecht zu werden. In dieser Konstellation versprachen die Reparaturstützpunkte und der »Mach mit!«-Wettbewerb Vorteile in zweierlei Hinsicht. Zum einen erhielten Behörden und Partei auf diesem Weg Informationen über die Wünsche und Probleme der Bevölkerung. Zum anderen versuchten die Organisator:innen von »Mach mit!«, die Aktivitäten der Bürger:innen auf die Aufgaben zu lenken, die im Plan festgeschrieben waren. Es ging also nicht darum, individuelle Wünsche und Träume zu verwirklichen, sondern Eigeninitiative war nur im Rahmen der staatlich definierten Ziele gefragt. Und da waren die Prioritäten klar definiert: In erster Linie sollte es darum gehen, Wohnraum zu schaffen oder zu verbessern (Kreis 2018).

Eigentlich bedurfte es in der DDR keiner gesonderten Aufforderung, um Menschen zum Selbermachen zu bewegen. In einer Mischung aus Leidenschaft, Spaß und Notwendigkeit bastelten, bauten und reparierten viele Bürger:innen in ihrer Freizeit. Sie schraubten an ihren Autos, nähten Kleidungsstücke, reparierten defekte Elektrogeräte und bastelten Dekoratives, wie etwa eine Ausstellung des Stadtmuseums Jena 2016 zeigte.²

Heimwerken gehörte aus drei Gründen zu den besonders intensiv betriebenen Bereichen des Selbermachens. Erstens waren Mieter:innen in der DDR praktisch unkündbar, sodass viele ein »eigentumsähnliches Verhältnis« zu ihren Wohnungen hatten und sie nach ihren Vorstellungen gestalteten (Harth 1994: 75). Zweitens war der bauliche Zustand vieler Wohnungen und Häuser mangelhaft. Das galt vor allem für die Altbauten, die in der Regel nicht saniert waren; aber auch in den hochstandardisierten und schnell errichteten Plattenbauten gab es viel zu tun. Drittens führten die Handwerker-, Werkzeug- und Baustoffknappheit dazu, dass viele Menschen kreativ wurden und selbst Hand anlegten. »Das ist'n Zeichen vom Ossi, er weiß sich immer zu behelfen in Not-situationen, weil er Improvisieren gelernt hat«, konstatierte rückblickend eine 37-jährige Frau wenige Jahre nach der Wiedervereinigung im Rahmen einer Studie zu Wohnmilieus im Osten Deutschlands (Harth 1994: 75).

Die öffentlichen Aufrufe verfolgten jedoch weitergehende Ziele. Sie suchten die handwerklichen Aktivitäten der Bevölkerung zu kanalisieren und mit den Planvorgaben in Einklang zu bringen. Zumindest in der Propaganda waren die Interessen der Bevölkerung und des Staates bereits identisch. Insofern ging es weniger darum, den individuellen Wünschen der Bevölkerung Rechnung zu tragen, als den Bürger:innen zu vermitteln, die bereits festgelegten Planvorgaben seien das Ideal. Denn wegen anhaltender Material- und Personalknappheit gab es faktisch wenig Spielräume, in größeren Mengen oder hoch-

wertiger zu produzieren und auf diese Weise über den Plan hinausgehende Wünsche zu erfüllen.

Die häufig wiederholte Formel, die handwerkliche Selbsthilfe der Bevölkerung sei bewusste Arbeit am Aufbau des Sozialismus, stehen für diese Versuche, individuelle und staatliche Interessen zusammenzuführen. Reden oder Artikel bezeichneten die DDR häufig als gemeinsames Haus. So befand auch Albert Norden, Mitglied des Politbüros der SED und des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front, angesichts der Leistungen des Städtchens Pasewalk im »Mach mit!«-Wettbewerb: »Jetzt ist Pasewalk neu erstanden – und das nicht nur im architektonischen Sinn des Wortes, sondern vor allem auch darum, weil hier ein neuer Geist Einzug gehalten hat. Er manifestiert sich im Bewusstsein der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung: Die DDR ist unser Haus.« Anders als im Kapitalismus würden die Menschen durch die gemeinsame und freiwillige Arbeit an diesem Haus zu einer **Gemeinschaft** geformt, so Norden, das Vertrauen zwischen Bürger:innen und Staat wachse. Letztlich entstehe ein »neuartiges Heimatgefühl«, das »mit dem sozialistischen Vaterlandsgefühl verschmilzt.«³ Wer sich in seinem Wohnumfeld engagierte, demonstrierte – zumindest in der Interpretation von Politik und Medien – für alle sichtbar die Existenz einer »sozialistischen Gemeinschaft«, wie sie ab 1968 auch in der Verfassung festgeschrieben war (Palmowski 2016: 166).

Appelle an die Bevölkerung, eigenhändig Reparaturen in den kommunalen Wohnblöcken auszuführen, können als Versuch der Umdeutung der Wohnungsmisere interpretiert werden. Sie waren weder als Bitte noch als Eingeständnis des Scheiterns formuliert und rückten auch nicht vom Versprechen auf gute Wohnraumversorgung ab. In den Begründungen von SED, Behörden, KWV und Publikationsorganen wie dem »Magazin für Haus und Wohnung« lasen sich die Aufrufe nicht als lästige Aufgabe, sondern als Chance: Indem sie

² Stadtmuseum Jena 2016. Man muss sich nur zu helfen wissen. <https://www.stadtmuseum-jena.de/de/714997>, zuletzt abgerufen am 7.3.2022.

³ Norden, Albert, 1969. Klare Köpfe – Rührige Hände, in: Information. Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland. Nr. 7, S. 28–31, hier 30 f.

Mieter:innen zum gemeinschaftlichen Heimwerken aufrufen, gaben sie ihnen die Möglichkeit, sich als gute Hausgemeinschaften und als gute Sozialist:innen zu zeigen und zu bewähren. Die Mieter:innen hatten die Chance, zum Wohle der Gemeinschaft zu handeln. Diese Chance war gleichzeitig eine moralische **Verpflichtung**, denn wer nicht teilnahm, verweigerte sich dem »Aufbau des Sozialismus« und stellte sich außerhalb der Gemeinschaft. Eine aktive Teilnahme galt hingegen als Zeichen für eine Identifikation mit den politischen Zielen von SED und DDR.

Selbst die Fachhändlerausbildung mit Schwerpunkt »Heimwerker- und Siedlerbedarf« sah eine entsprechende Schulung vor. Die Ausbildungsrichtlinie des Jahres 1969 enthielt eine Unterrichtseinheit zur »gesellschaftliche[n] Rolle des Sortiments«: Auszubildende sollten sich bewusst machen, dass das Warenangebot im Bereich des Heimwerkens »einen bestimmenden Einfluss auf die Selbstbetätigung der Bürger« nahm. In ihrer Ausbildung ging es um Themen wie die »Einsparung von Reparaturkapazitäten«, die »Schaffung von Neuwerten«, die »Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit im Wohnkomplex«, und auch die »Einrichtung von Reparaturstützpunkten« war Teil des Programms.⁴ Unabhängig davon, ob man sich über den Einzelhandel oder über Reparaturstützpunkte mit Heimwerkerutensilien versorgte, sollte sichergestellt werden, dass die Botschaft ankam: Heimwerken war eine Gemeinschafts- und gemeinwohlorientierte Angelegenheit.

Solche Interpretationen des Heimwerkens, Reparieren und Bastelns waren in den offiziellen Verlautbarungen und auch in den staatlich gelenkten Medien weit verbreitet. Unter dem Titel »Der Unterschied« erklärte beispielsweise die Zeitschrift »modellbau und basteln« 1967, dass Heimwerken in Ost- und Westdeutschland unter völlig verschiedenen Vorzeichen stünde. In der Bundesrepublik sei das Heimwerken ein »Geschäft«, bei dem es entweder darum ging, Geld zu machen oder sich selbst Werte zu schaffen, mit denen man besser re-

präsentieren könne, denn das Vorzeigen von Besitztümern sei in Westdeutschland die Voraussetzung für gesellschaftliche Anerkennung. Die Ostdeutschen hingegen widmeten sich solchen Tätigkeiten aus Freude an der »schöpferischen Arbeit« und an »technische[r] Bildung«. Ihnen ginge es nicht um sich selbst und um die Verbesserung ihrer persönlichen Lebensbedingungen, sondern sie beschäftigten sich vornehmlich mit Aufgaben, die »nützlich für die Gesellschaft« seien: Hausgemeinschaften renovierten und verschönerten ihre Wohnhäuser oder bauten Gemeinschaftsanlagen für die Freizeit; und Arbeitskolleg:innen setzten sich nach Feierabend zusammen, um Verbesserungen in der Produktion zu erarbeiten oder »Neuerungen« zu entwickeln, die »unserer Volkswirtschaft großen Gewinn bringen«.⁵

Indem sie im Wohnhaus oder im Betrieb zum Wohle aller auch zusätzliche Arbeiten verrichteten, übernahmen die Bürger:innen Verantwortung für ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen. Dementsprechend konnten sie für Missstände, Unzulänglichkeiten und Fehler aber auch mitverantwortlich gemacht werden. Für diesen Ansatz, Mitgestaltungsmöglichkeiten anzubieten, einzufordern und zu bewerten, steht auch die Devise »Plane mit – arbeite mit – regiere mit«, die 1968 und 1974 in den jeweiligen Verfassungen der DDR verankert wurde. Bereits 1958 hatte die Nationale Front, der gleichgeschaltete Zusammenschluss der Parteien und Massenorganisationen in der DDR, mit diesem Slogan zur Wahlbeteiligung aufgefordert. Der Rahmen, innerhalb dessen die Bürger:innen planen, arbeiten und regieren konnten, war von staatlichen Stellen und SED freilich eng gesteckt und konnte kaum infrage gestellt werden. Die Einbeziehung der Bürger:innen machte sie zum Teil des Staats (Palmowski 2016: 165).

Zeitschriftenartikel zu den Reparaturstützpunkten, Aufrufe für »Mach mit!« und Texte wie »Der Unterschied« hatten eine erzieherische Funktion, indem sie deutlich zwischen richtigen und falschen Beweggründen für das

4 Rahmenausbildungsunterlage für die sozialistische Berufsausbildung Fachverkäufer, November 1969, Punkt 5.2.2.5, in: Bundesarchiv Berlin, DY 42/2163.

5 Gutsche, 1967. Der Unterschied, in: practic. Nr. 4, S. 145.

Heimwerken unterschieden. Sie interpretierten handwerkliche Tätigkeiten als politisches Statement. Wer für die **Gemeinschaft** baute, reparierte, erfand und verschönerte, verhielt sich konform mit den Zielen der SED und der Regierung. Auch die vielen Artikel in »das bauwerk« und später dem »Magazin für Haus und Wohnung« zu dem Leipziger Konzept der Reparaturstützpunkte sind als Anleitung zu lesen. Andere Städte sollten dem Vorbild folgen und ebenfalls Reparaturstützpunkte einrichten oder Ideen zur Überwindung der Material- und Handwerkerknappheit entwickeln.

Über die Ergebnisse des Selbsthilfe-Einsatzes berichteten dann die lokalen Medien und listeten gewissenhaft auf, wie viele Stunden an freiwilliger Arbeit die Bürger:innen investiert hatten und wie sich diese Werte als Geldsumme ausdrücken ließen. Auch diese Berichterstattung sollte Druck auf andere ausüben, freiwillige Arbeit zu leisten. Wer darüber hinaus konkrete Arbeitsanleitungen benötigte, konnte ab den 1970er Jahren in einigen Städten auch Heimwerkerkurse belegen, die in den Reparaturstützpunkten und »Mach mit!«-Zentren angeboten wurden, und auch über diese Angebote berichtete die Tagespresse (Kreis 2020: 284).

Der Artikel »3 Eimer Mörtel« und der direkt danach abgedruckte Artikel »Wo gibt es Mörtel in Kleinstmengen« präsentierten die Reparaturstützpunkte als gut funktionierende und gut ausgestattete Serviceeinrichtungen für die Mieter:innen und als Orte der unkomplizierten Nachbarschaftshilfe. Der zweite Artikel erläuterte das Abrechnungssystem im Detail. Der freundliche Nachbar erhielt für seine Mühen von der KWV Sammelmarken, die ab einer bestimmten Anzahl zu einer Ehrung führten. Eine Bezahlung erhielt er nicht, doch auf das Konto der Hausgemeinschaft ging ein Geldbetrag. Die KWV übernahm die Kosten für das Material und den Reparaturstützpunkt.⁶

Zusammen ergaben die beiden Artikel eine Art Anleitung für alle Beteiligten: die eigenständig aktiv werdenden Mieter:innen, die unterstützende Hausvertrauensfrau, die hilfsbereiten Mitarbeiter des Baubetriebs und des Reparaturstützpunktes und nicht zuletzt die

kompetente, rührige KWV. Bezieht man weitere Berichte über Reparaturstützpunkte und »Mach mit!«-Zentren mit ein, kommen weitere Leitbilder hinzu: gemeinwohlorientierte Handwerker und Baufacharbeiter, die Laien in Heimwerkerkursen unterrichteten oder ihre Fachkenntnisse im Rahmen von »Mach mit!« einbrachten, sowie eine Baustoffindustrie, die offen für die Bedürfnisse der KWV und der Bevölkerung war. Die Idealvorstellungen traten umso deutlicher hervor, wenn »das bauwerk«, das »Magazin für Haus und Wohnung« oder andere Publikationsorgane sie mit Negativbeispielen kontrastierten und diese kritisierten.

Selbsthilfe als politisch erwartete Versorgungsstrategie

Reparaturstützpunkte, Werkzeugausleihstationen, »Mach mit!«-Zentren und der dazugehörige Wettbewerb verschoben Praktiken des Heimwerkens, Reparierens, Instandhaltens und Bauens auf die politische Ebene. Sie standen für staatlich verordnetes und politisch gefordertes Selbermachen, das auch als politische Aussage gelesen wurde. Indem die Bürger:innen Aufgaben übernahmen, die das Staatsbudget entlasteten, und sich in den Dienst der Gemeinschaft stellten, wurden sie als gute Sozialist:innen und gute Staatsbürger:innen sichtbar. Reparaturstützpunkte und verwandte Einrichtungen halfen dem Einzelnen, dieses Potenzial auszuleben.

Der moralische Bezugsrahmen dieses Ansatzes basierte auf den Schlagworten **Gemeinschaft** (gedacht als sozialistische Gemeinschaft) und Selbsthilfe. Der SED-Staat war nicht der erste, der Fragen der Versorgung mithilfe dieser Schlagworte politisierte und moralisierte. In beiden Weltkriegen hatten die Regierungen des Deutschen Reiches tief in wirtschaftliches Handeln eingegriffen. Der Staat reklamierte das Recht, lenkend auf Produktion und Konsum einzuwirken und sie den Kriegszielen unterzuordnen. Im Alltag bedeutete dies beispielsweise, dass der Markt außer Kraft gesetzt und Waren rationiert wurden, um – so zumindest die Absicht – die Versorgung der gesamt-

6 o. A., 1963. Wo gibt es Mörtel in Kleinstmengen?, in: Magazin für Haus und Wohnung. Nr. 12, S. 23.

ten Bevölkerung ungeachtet ihres Vermögens sicherzustellen; dass Haushalte zur Selbsthilfe aufgefordert wurden und aufgerufen waren, mehr zu reparieren oder selbst herzustellen, statt zu kaufen; oder dass sie nicht uneingeschränkt über ihren Privatbesitz verfügen durften, sondern bestimmte Güter wie Milch oder Fleisch der Allgemeinheit zur Verfügung stellen sollten. Durch den Krieg veränderten sich normative und rechtliche Setzungen rund um Versorgungsfragen, sodass zuvor legitime Versorgungsweisen nun als moralisch falsch galten, andere hingegen aufgewertet wurden und nun als gut und richtig bewertet wurden. Ihren moralischen Gehalt bezogen diese Anordnungen durch ihre Bezugnahme auf Kollektiveinheiten wie den Staat, die Nation oder das Volk. Das Wohl der Vielen stand über dem des Individuums, und wer dagegen verstieß, handelte höchst unmoralisch, denn er gefährdete seine Mitbürger:innen und den Staat. Der rassistische Gedanke der »Volksgemeinschaft« erhöhte in der Zeit des Nationalsozialismus noch den moralischen Druck, seine Versorgungsstrategien am Wohl der Gemeinschaft auszurichten (Kreis 2020: 197–305).

Unter gänzlich anderen politischen Vorzeichen befanden auch Politiker:innen in der DDR, es solle »nicht dem Zufall überlassen werden [...], auf welchem Gebiet der einzelne tätig wird«. ⁷ Der wiederholte Verweis auf den Aufbau des Sozialismus verweist auf die größere Einheit, in deren Dienst sich alle mit ihrer Arbeitskraft, ihrer (Frei-)Zeit, ihrem Wissen und ihren Fertigkeiten stellen sollten. Der Staat legte fest, wie die verfügbaren Ressourcen eingesetzt werden sollten. Alle Bürger:innen sollten Verantwortung übernehmen – aber nur nach den Vorgaben des Plans.

Auch der Begriff der Selbsthilfe hatte bereits eine längere Tradition, als er in der DDR zu einer politischen Tugend erklärt wurde. So lag

der Selbsthilfegedanke dem Genossenschaftswesen zugrunde, das seinen Höhepunkt in den Jahrzehnten um 1900 erreichte. In beiden Weltkriegen sowie in der Zwischenkriegszeit hatten verschiedene Regierungen zur Selbsthilfe – nicht zuletzt im Wohnungsbau – aufgerufen. Politiker:innen und Medien in der DDR beschrieben das Engagement im »Mach mit!«-Wettbewerb und den Besuch der Reparaturstützpunkte häufig als Teil einer »Selbsthilfebewegung«. Diese Aussagen interpretieren Selbsthilfe ausdrücklich als etwas politisch Gewolltes und nicht etwa als notgedrungenes Handeln angesichts von Staatsversagen. Daher enthielten auch viele Publikationen das Wort Selbsthilfe oder verwandte Phrasen im Titel, zum Beispiel das in etlichen Auflagen erschienene Buch »Praktikus. Anleitung zur handwerklichen Selbsthilfe« (1963). ⁸ Die »Haushaltsfibel für Kinder« mahnte ab 1971 und in vielen Auflagen »Man muss sich nur zu helfen wissen« und forderte den Nachwuchs auf, verschiedene Aufgaben im Haushalt selbst zu übernehmen. ⁹ Ebenfalls ab den frühen 1970er Jahren erschien der jährlich erscheinende »Katalog Selbsthilfe« mit Angaben darüber, wie man Arbeiten im Rahmen des »Mach mit!«-Wettbewerbs abrechnen konnte. ¹⁰

Die Praxis der Entlohnung, bei der Hausgemeinschaften nach getaner handwerklicher Arbeit Geld für das gemeinsame Konto erhielten, deutet darauf hin, dass es nicht immer einfach war, die Bevölkerung zur »Mieterselbsthilfe« zu bewegen. Tatsächlich folgten viele, aber nie genügend Menschen den Aufrufen, um die Wohnungsmisere zu beheben. Sie konnte allenfalls gelindert werden. Als heikel erwies sich zudem die Unterscheidung zwischen politisch erwünschten und unerwünschten Formen des Heimwerkens. Denn legitim waren in den Augen von Behörden und SED nur solche Vorhaben, die sie selbst als gesell-

7 o. A., 1973. Aufgaben der Reparatur- und Beratungsstützpunkte, in: Information. Nationalrat der Deutschen Front der Deutschen Demokratischen Republik. Nr. 12, S. 22 f., Hauptstaatsarchiv Weimar, 6-62-0001 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Erfurt, Nr. 2326.

8 Sütterlin, Werner u. a., 1963. Praktikus. Anleitung zur handwerklichen Selbsthilfe. VEB Fachbuchverlag, Leipzig.

9 Braun, Anne und Nell, Edith, 1971. Man muss sich nur zu helfen wissen. Kleine Haushaltsfibel für Kinder. VEB Verlag für die Frau, Leipzig.

10 Bauakademie der DDR (Hrsg.), 1973. Katalog Selbsthilfe. Haus, Wohnung, Grünanlage, VEB Verlag für Bauwesen DDR, Berlin.

schaftlich notwendig und nützlich anerkannten. Andere Vorhaben galten als unerwünscht und als Verschwendung knapper personeller und materieller Ressourcen. Diese Fokussierung auf den Plan kollidierte immer wieder mit den Interessen der Bevölkerung. Für sie waren unabhängig vom Plan vor allem solche Vorhaben interessant, mit denen sie eigene Wünsche umsetzen und ihr Lebensumfeld nach den eigenen Interessen verbessern konnten. Um das Interesse der Bevölkerung an der staatlich koordinierten Mieter:innenselbsthilfe wachzuhalten, anerkannten die Behörden immer auch solche Projekte an, die eigentlich nicht vorgesehen waren.

Der schwierige Umgang mit zu viel Eigeninitiative wird auch im behördlichen Umgang mit sogenannten »Schwarzwohner:innen« deutlich. Seit den 1970er Jahren zogen jüngere Menschen in leer stehende und verfallene Häuser und setzten sie eigenhändig instand, um darin zu wohnen. Zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, ohne den Staat zu bemühen, entsprach eigentlich exakt den Zielen des SED-Regimes. Doch die Schwarzwohner:innen umgingen die behördliche Wohnraumvergabe, zogen heimlich ein, renovierten jenseits der staatlichen Strukturen von »Mach mit!«, KWV und Reparaturstützpunkten und bemühten sich dann um eine nachträgliche Legitimierung ihrer Wohnverhältnisse. Diese Infragestellung der staatlichen Autorität konnten die DDR-Behörden kaum dulden. Der Umgang mit den Schwarzwohner:innen (insgesamt nur einige Tausend Menschen) zeigt einen hin- und hergerissenen Staat. Während einige Schwarzwohner:innen in ihren selbst hergerichteten Domizilen bleiben durften oder eine andere Wohnung zugewiesen bekamen, mussten andere ausziehen, sobald die Behörden Wind davon bekamen (Grashoff 2011a; 2011b).

Nicht jeder handwerkliche Selbsthilfeeinsatz galt also als moralisch legitim. Nur wer innerhalb der staatlich vorgegebenen Strukturen handelte, diente dem »Aufbau des Sozialismus«. In der Praxis jedoch war das Spannungsverhältnis zwischen erwünschter Eigeninitiative, Selbstverantwortung und Gemeinschaftsdienst einerseits und engen Vorgaben sowie einer ausgeprägten Kontrollkultur andererseits nur schwer auszutarieren.

Literatur

- Grashoff, Uwe, 2011a. Schwarzwohnen. Die Unterwanderung der staatlichen Wohnraumlentkung in der DDR. Göttingen: V&R Unipress.
- Grashoff, Uwe, 2011b. Leben im Abriss. Schwarzwohnen in Halle an der Saale. Halle a. d. Saale: Hasenverlag.
- Hannemann, Christian, 2000. Die Platte. Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR. 2. Aufl. Berlin: Schelzky & Jeep.
- Harth, Annette, 1984. Lebenslage und Wohnmilieus. In: Ulfert Herlyn und Bernd Hunger (Hg.). Ostdeutsche Wohnmilieus im Wandel. Eine Untersuchung ausgewählter Stadtgebiete als sozialplanerischer Beitrag zur Stadterneuerung. Basel u. a.: Birkhäuser, 47–212.
- Kästner, Annett, 2006. Eingaben im Zivilrecht der DDR. Eine Untersuchung von Eingaben zu mietrechtlichen Ansprüchen aus den Jahren 1986 und 1987. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag.
- Kreis, Reinhild, 2018. A »Call to Tools«: DIY between State Building and Consumption Practices in the GDR. *International Journal for History, Culture and Modernity* 6 (2018), no. 1, 49–75. <https://doi.org/10.18352/hcm.539>.
- Kreis, Reinhild, 2020. Selbermachen. Eine andere Geschichte des Konsumzeitalters. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Palmowski, Jan, 2016. Die Erfindung der sozialistischen Nation. Heimat und Politik im DDR-Alltag. Berlin: Ch. Links.
- Rowell, Jay, 2004. Wohnungspolitik. In: Dierk Hoffmann und Michael Schwartz (Hg.). *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*. Bd. 8: 1949–1961. Deutsche Demokratische Republik. Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus. Baden-Baden: Nomos, 699–672.
- Rowell, Jay, 2006. Wohnungspolitik. In: Christoph Kleßmann (Hg.). *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*. Bd. 9: 1961–1971. Deutsche Demokratische Republik. Politische Stabilisierung und wirtschaftliche Mobilisierung. Baden-Baden: Nomos, 697–719.
- Scholze, Thomas und Falk Blaske, 1992. Halt! Grenzgebiet! Leben im Schatten der Mauer. Berlin: Basis-Druck.